

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich ... 16.- vierteljährlich ... 48.- halbjährlich ... 96.- ganzjährig ... 192.-

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Freitag, 25. Jänner 1924.

Nr. 22.

## Arbeiterregierung und Eisenbahnerstreik.

Von unserem Londoner Berichterstatter.

Ob eine Arbeiterregierung mit einem Eisenbahnerstreik einsetzt — diese Merkwürdigkeit ist nur in einem Lande möglich, in dem, wie in England, die lokale Autonomie und Berufsgruppenzersplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung noch immer in einem Grade vorherrscht, der sie zu einem ersten Problem für die Interessen der Gesamtarbeiterschaft macht. Es ist nicht das erste Mal, daß dieses Problem aufsteht: der berühmte „schwere Freitag“ des Jahres 1921, an dem die englischen Eisenbahner am Vorabend eines Streiks ihre Kollegen im „Dreibund“ die Berg- und Transportarbeiter im Stich ließen, hat mehr als alles andere dazu beigetragen, die wirtschaftliche Kampfstellung der englischen Arbeiter in den letzten Jahren zu schwächen. Der letzte Jahreskongress der englischen Gewerkschaften in Plymouth hat sich vergebens bemüht, die Zersplitterung durch Stärkung der Befugnisse der Zentralinstanzen zu überwinden; in seinen Debatten spiegelte sich die ganze Gefahr dieses zäh festgehaltenen Gruppenegoismus wider. An all dies wird man erinnert, da nun mit einer Art Umkehrung des schwarzen Freitags die englischen Eisenbahner im unbegreiflichen Augenblick in den Streik treten.

Die Situation wird noch merkwürdiger dadurch, daß der Ausbruch nicht einmal die Gesamtheit, sondern einen verhältnismäßig kleinen Teil der Eisenbahner betrifft. Unter den englischen Eisenbahnerbetriebern bestehen drei Gewerkschaften: der Eisenbahnerverband N.A.R. (National Union of Railworkers) mit mehr als 300.000 Mitgliedern, die Eisenbahnbeamten-Gewerkschaft (Railway Clerks' Association) mit 60.000 Mitgliedern und der Lokomotivführer- und Heizerverband (Associated Society of Locomotive Engineers and Firemen) mit 24.000 Mitgliedern. Zwischen der N.A.R. und dem Lokomotivführerverband besteht von Altersher der tief eingewurzelte Gegensatz zwischen den „gelernten“ Arbeitern, die in ihren kleinen Craft Unions die Begründer der englischen Gewerkschaftsbewegung waren, und den ungelerten Arbeitern, auf die jene lange Zeit herabzusehen und die sich erst später in den Industrial Unions, den alle Gruppen eines Industriezweiges zusammenfassenden großen Verbänden zusammenfanden. Die N.A.R. ist nun das Musterbeispiel eines solchen Industriegruppenverbandes und heute eine der mächtigsten Gewerkschaften Englands, die unter der Führung ihres Sekretärs J. S. Thomas der großen Masse der Eisenbahner, einst der schlechtest bezahlten und ausgebeuteten Arbeiterschicht, Löhne und Arbeitsbedingungen erkämpft hat, die der übrigen englischen Arbeiterschaft als Vorbild dienen. Der Gegensatz zwischen gelehrten und ungelerten Arbeitern, der auch der Gewerkschaftsbewegung anderer Länder nicht fremd ist, aber sich in England besonders zäh erhält, wurde dadurch verschärft, daß ein Teil der Lokomotivführer und Heizer, ungefähr ein Viertel der Gesamtzahl, sich der N.A.R. angeschlossen. Seitdem stehen die beiden Gewerkschaften gewissermaßen in Konkurrenz dar, welche von beiden ihren Mitgliedern die größeren Vorteile zu erringen vermag, in diesem Gegensatz, der sich sogar einmal bis zu einem persönlichen Konflikt zwischen dem Sekretär des Lokomotivführerverbandes J. Bromley und J. S. Thomas zugespitzt hat, der vor den bürgerlichen Gerichten ausgetragen wurde, nehmen die Lokomotivführer die radikalere Haltung ein; es ist jedoch unverkennbar, daß nichtabsehbare die N.A.R. der moderneren Gewerkschaftstyp und die Trägerin des größeren gewerkschaftlichen Prinzip der Idee der Konzentration der Gewerkschaften ist.

Dieser Gegensatz nun ist im gegenwärtigen Augenblick wieder frech hervorgetreten. Die gewerkschaftliche Ursache des Streiks ist eine Entscheidung des Einigungsamtes (Schlichtungsstelle), die auf Verlangen der Eisenbahngesellschaften erfolgt ist. Die Gesellschaften (in England sind die Eisenbahnen nicht verstaatlicht) hatten eine allgemeine Lohnherabsetzung verlangt, die bei der führenden Stellung der Eisenbahner unter der englischen Arbeiterschaft zum Signal eines neuerlichen allgemeinen Lohnrückgangs geworden wäre. Die Entscheidung des Schlichtungsamtes lautete jedoch für die Arbeiter im allgemeinen günstig; der Angriff der Unternehmer wurde in allen wesentlichen Punkten abgeschlagen. Die Gesellschaften unterwarfen sich dem Schiedsspruch, ebenso wurde er von den Vertretern aller drei Eisenbahnergewerkschaften unterzeichnet. Während jedoch die N.A.R.

## Eine sozialistisch-kommunistische Wahlgemeinschaft in Frankreich?

Ein Vorschlag des kommunistischen Parteitags an den sozialdemokratischen.

Paris, 24. Jänner. Der gestern abgeschlossene viertägige Kongress der französischen kommunistischen Partei, der in Lyon tagte, hat an den bevorstehenden Kongress der sozialistischen Partei ein Schreiben gerichtet, in dem der bereits früher ergangene Antrag auf Schaffung eines Arbeiter- und Bauernbunds angefaßt wird. Hierfür werden drei Bedingungen gestellt:

1. der neue Bund wird nicht regional oder lokal, sondern im ganzen Lande verwickelt werden;

2. die Mitglieder der sozialistischen Partei sollen vorher mit dem Block der Linkspresse jedwede journalistische Mitarbeit aufgeben und seine Versammlungen meiden;

3. die sozialistische Partei wird aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunisten an der Wiederherstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation mitzuarbeiten.

Der Pariser Kongress der Sozialisten soll diese Bedingungen, welche ein Ganzes bilden, entweder annehmen oder verwerfen.

## Der neue Kurs in England.

Die Verteilung der Regierungsämter und die nächsten Aufgaben des Kabinetts.

London, 24. Jänner. (A. N.) Gestern abends wurde das weitere Verzeichnis der Personen veröffentlicht, die hervorragende Stellen in der neuen Regierung einnehmen werden. J. D. Roberts wurde Minister für Pensionen. Patrick Hastings wurde Oberstaatsanwalt und Henry Glegg Staatsanwalt. William Graham, der das Finanzsekretariat inne hat, war früher Staatsbeamter und Journalist. Der Finanzsekretär des Kriegsministeriums J. J. Lawson ist ebenso wie Graham ein Gelehrter, der aus dem Oxford-Kolleg hervorgegangen ist. Beide haben sich in der Arbeiterbewegung betätigt. Ben Spooner wird der Hauptparteiordner im Parlament. Er hat hauptsächlich in den Dominions, in Indien und Ägypten, gearbeitet.

Der Generalsekretär der Bergleutesföderation Frank Hodges wurde zum Zivilordner der Admiralität und der Vorsitzende der allgemeinen Union der Transportarbeiter Harry Goslin zum Verkehrsminister ernannt.

Unter den sieben neuen Unterstaatssekretären befindet sich Arthur Ponsonby, der, wie man erwartet hat, das Amt des Staatsuntersekretärs im Außenministerium übernommen hat. Sidney Arnold ist Staatsuntersekretär für Kolonien. Er war in letzter Zeit der Personalsekretär Macdonalds. Professor Richards von der Universität Bangor hat das Amt des Untersekretärs für Indien übernommen, Untersekretär im Kriegsministerium ist Major Atlee, früher als Advokat tätig, und Untersekretär des Innenministeriums Rhys Davies, ursprünglich ein landwirtschaftlicher Arbeiter, der aber lange Jahre hindurch eine hervorragende Rolle im Genossenschaftswesen gespielt hat. Die weiteren Staatsuntersekretäre sind James Stewart, das älteste Mitglied der Glasgower Gruppe der Arbeiterpartei, und William Beach, der Leiter einer fa-

bril für Vorbereitung von getamelter Wolle in Bradford.

Es wurden auch die Namen der acht Parlamentssekretäre veröffentlicht. Am interessantesten ist die Ernennung von Margaret Bonfield zur Parlamentssekretarin im Außenministerium. E. S. Amison, Beamter der Union der Postbediensteten, übernimmt das gleiche Amt in der Admiralität. Walter Smith, der Präsident der Gewerkschaft landwirtschaftlicher Arbeiter, ist Parlamentssekretär für Landwirtschaft. Morgan Jones, ehemaliger Lehrer, bekleidet die gleiche Würde im Unterrichtsministerium, Albert Alexander ist Sekretär für das Handelsamt. Er verbrachte den größten Teil seines Lebens als Beamter in Somerset. Arthur Greenwood stammt ebenfalls aus der Reihe der Gelehrten und ist Mitglied des Senats der Universität von Leeds; er ist zum Parlamentssekretär für Gesundheitswesen ernannt. Emanuel Chinnell, langjähriges Mitglied des Stadtrates von Glasgow, übernimmt das gleiche Amt im Bergwerksministerium und William Lunn, früher Ordner der Arbeiterpartei, übernimmt das Amt des Parlamentssekretärs im Amt für Seehandel.

Nach Beendigung der ersten Sitzung des neuen Kabinetts wurde eine interessante Abweichung von der allhergebrachten Tradition dadurch gemacht, daß ein Bericht über die Verhandlungen ausgegeben wurde, worin es heißt, daß vorläufige Entschlüsse in einer Reihe von Fragen betreffend die Arbeitslosigkeit, die Bauernbewegung und die Landwirtschaft getroffen wurden, ferner befahte sich die Sitzung mit Fragen betreffend die entlassenen Beamten, wobei man einen Weg zur sofortigen Regelung zu finden bemüht war, schließlich wurde ein eingehender Plan für das Vorgehen nach Wiederöffnung des Parlaments ausgearbeitet.

und die Brauereigewerkschaft in ihren zuständigen Körperschaften die Entscheidung mit Mehrheit angenommen, haben sie die Lokomotivführer in einer Generalabstimmung ihrer Mitglieder verworfen. Sie begründen dies damit, daß die Lokomotivführer und Heizer bei der Neuordnung am schlechtesten wegkommen und empfindliche Lohnkürzungen zu ertragen haben; doch wird dagegen eingewendet, daß diese Lohnkürzungen auch unter den Lokomotivführern nur eine kleine Gruppe (3,5 Prozent) und zwar die Höchstqualifizierten in ihrem schweren Dienst sind — deren Bezüge, wie versichert wird, noch immer weit über dem Durchschnitt der übrigen Arbeiterschaft bleiben. Die Entscheidung der Lokomotivführer bedeutet im gegenwärtigen Augenblick für die Arbeiterparteien zweifellos eine Verlogenheit, wiewohl die Lokomotivführer erklären, daß sich ihre Aktion weder gegen die Allgemeinheit, noch gar gegen die bevorstehende Arbeiterregierung richtet, sondern ein einfacher gewerkschaftlicher Kampf gegen private Gesellschaften ist. Führer der Gewerkschaften und der Labour Party haben sich in den letzten Tagen eifrig, aber vergebens bemüht, den Konflikt zu vermeiden; die Gesellschaften waren nur zu einer Vertretung auf

fünftägige Verhandlungen zu haben, die den Lokomotivführern nicht genügt. So hat Sonntag nachts der Ausbruch begonnen, dessen hervorstechendstes Merkmal die Tatsache ist, daß er ein Teilstreik ist, bei dem unter Umständen auf der gleichen Lokomotive der Führer streiken und der Heizer arbeiten sollte. Wohl hat ein Teil der in der N.A.R. organisierten Eisenbahner sich aus Solidarität dem Streik angeschlossen, aber die Leitung der N.A.R. hat einen Aufruf erlassen, in dem die Teilnahme am Streik als Untreue gegen die eigene Gewerkschaft, also gewissermaßen Solidarität als Disziplinbruch bezeichnet wird. Dieser Aufruf macht die vielumstrittene Persönlichkeit J. S. Thomas, wie damals am „schwarzen Freitag“, zum Gegenstand heftiger Angriffe.

Die gewerkschaftlichen Aussichten eines unter solchen Umständen begonnenen Kampfes sind gering. Obwohl der Lokomotivführer der wichtigste Mann im Eisenbahndienst ist, konnte, da eben nur ein Teil der Lokomotivführer streikt, der Verkehr am ersten Tage nur zum Teil lahmgelegt werden. Die Weiterentwicklung ist noch nicht abzusehen; aber je früher die Arbeiterregierung ein ehrenvolles Ende des Streiks vermittelt, desto besser wird es für alle Teile sein.

## Ein Sozialist — Botschafter in Berlin

Berlin, 24. Jänner. (Eigenbericht.) Wie verlautet, hat Macdonald den Schriftsteller Massingham dazu bestimmt, den Botschafterposten in Berlin zu übernehmen. Massingham war bis vor kurzem Herausgeber der großen liberalen Zeitschrift „Nation“ und ist während des Wahlkampfes zur Arbeiterpartei übergetreten.

## Das Wichtigste: die Anerkennung Rußlands.

London, 24. Jänner. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt, Macdonald werde als Minister des Auswärtigen ohne Verzug eine Aktion unternehmen, um verschiedene Europa betreffende Fragen zu behandeln. Dazu gehören sowohl die Frage der Reparationen und der Politik der französischen Regierung als auch die der Anerkennung Rußlands. Besondere Aufmerksamkeit werde der Frage der Eisenbahnen im östlichen Gebiete sowie der deutschen Forderung, den Vorrang für den Lebensmittellieferanten zu gewähren, gewidmet werden.

London, 24. Jänner. (Gavas.) Nach dem „Daily News“ wird es die erste Aufgabe der neuen Regierung sein, der nach den eigenen Worten Macdonalds großen Torheit ein Ende zu bereiten, welche darin besteht, daß man sich abseits von Rußland hält. Macdonald will sich mit Moskau in direkte Verbindung setzen durch Vermittlung eines britischen Botschafters, welcher sowohl der Regierung, wie auch dem Volke willkommen wäre. Es werde allgemein angenommen, daß das Mitglied der Arbeiterpartei, Graham der erste britische Botschafter in Moskau sein werde.

## Der Eisenbahnerstreik in England.

London, 24. Jänner. (Gavas.) Der Arbeitsminister Tom Shaw wird wahrscheinlich heute an die Beilegung des Konfliktes mit den Maschinenführern und Heizern schreiben. Der Eisenbahnbetrieb ist ein regerer und nahezu normaler. Die für die Provinz bestimmten Waren konnten befördert werden. Es wurden einige Sabetageversuche festgestellt. Wenn der Lastenverkehr unterbrochen würde, wären 80.000 Bergleute in Südwales beschäftigungslos.

London, 24. Jänner. So die Leiter der Eisenbahngesellschaften es abschauen, von dem Spruche des höchsten Schiedsgerichtes abzugehen, erklärte die Streikleitung, daß der Streik zu ihrem Bedauern weitergehen müsse.

## Lenins Ueberführung nach Moskau.

Moskau, 24. Jänner. (A. N.) Ueber die Ueberführung der Leiche Lenins aus Gorki nach Moskau wird gemeldet: Gestern um 10 Uhr legten Stalin, Krasin, Bucharin, Sinowjew und Kamenev den in eine rote Fahne gehüllten Leichnam in den Sarg, welchen die nächsten Freunde, Schüler Lenins und Mitglieder der Regierung, abwechselnd vier Kilometer weit bis zur nächsten Eisenbahnstation trugen. Hinter dem Sarge schritt die Familie Lenins. Viel Landvolk traf aus einer Entfernung von zehn Kilometern ein, um dem Verstorbenen den letzten Gruß zu entbieten. Um 13 Uhr langte der Zug mit dem Sarge in Moskau ein. Vom Bahnhofe trugen abwechselnd Freunde Lenins, darunter Rylov, Tomskij, Rudzontal, Dzerzinski, Bauerndelegiertes des allgemeinen Sowjetkongresses, Mitglieder des Soldatenrates usw. den Sarg bis zum Hause der Gewerkschaftsverbände. Eine ungeheure Volksmenge schloß sich dem Zuge an. Um 16 Uhr wurde der Sarg im Säulenhalle des Hauses der Gewerkschaftsverbände niedergelegt, wo er drei Tage aufgebahrt bleibt.

Lenin ruht im Sarge in seinem grauen Anzuge, welchen er alltäglich trug, mit dem roten Fahnen-Orden im Knopfloche. Troski erkühr von dem Tode Lenins am 22. d. M. um 20 Uhr auf dem Bahnhofe in Tiflis, wo er sich eben befand. Er fandte unverzüglich nach Moskau eine gefühlvolle Trauerkundgebung, in welcher er die Bedeutung des Verstorbenen würdigte.

## Die Nachfolger.

Riga, 24. Jänner. (Leta.) In einer Unterredung mit einem Berichterstatter ausländischer Blätter erklärte der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitschew: Der Tod

Lenins bedeutet einen unermesslichen Verlust für Sowjetrußland, da er die Herrschaft über Rußland in seinen Händen vereinigte. Der Nachfolger Lenins wird vom Sowjetkongreß gewählt werden. Tschitscherin sieht die Möglichkeit der Aufstellung eines Triumvirats, in welchem Kamenow, Rykow und Surjapa vertreten wären. Er erwartet weder in der noch in der ausländischen Politik Veränderungen.

Die Krankheitsgeschichte.

Moskau, 24. Jänner. (M.) Die Professoren, welche Lenin behandelt haben, veröffentlichten einen detaillierten Bericht über den Verlauf der Krankheit Lenins und seinen Tod. Die Erkrankung begann Ende des Jahres 1921. Im März 1922 zeigte sich bei der ärztlichen Untersuchung keine Störung des Nervensystems oder der inneren Organe; im Hinblick auf die allgemeine Ermüdung empfahlen die Ärzte Lenin eine mehrtägige Ruhe, worauf sich Lenin in Gorka niederließ. Im Mai desselben Jahres zeigte sich das erste Anzeichen einer organischen Gehirnerkrankung. Im Laufe der weiteren drei Monate zeigten sich einigemal Anfälle allgemeiner Schwäche, sowie eine Lähmung der rechten Seite. Im Juli trat eine so fühlbare und wesentliche Besserung ein, so daß sich Lenin im Oktober wieder seiner normalen Tätigkeit widmen konnte. Im November hielt er drei große Programme. Jedoch schon anfangs Dezember trat eine Gehirnerkrankung ein und am 16. Dezember benötigte eine dauernde Lähmung der rechten Seite Lenin, das Krankenlager aufzusuchen. Im Jänner und Februar 1923 schwanden die Krankheits-symptome, doch litt Lenin noch im Februar politische Artikel. Am 9. März trat eine neue Lähmung ein. Im Mai empfahlen die Ärzte, die von einem Aufenthalt in gesunder Luft eine gute Wirkung erwarteten, Lenin neuerdings, nach Gorka zu übersiedeln, wo es bis zu seinem Tode verblieb.

In Gorka zeigte sich anfangs eine gewisse Besserung, im Juni trat aber wieder eine Verschlimmerung ein. Ende Juli ließen die Krankheits-symptome nach und gaben Hoffnung auf eine zwar nur allmähliche, aber dauernde Besserung. Der Kranke wurde in einem Fahrstuhl zu täglichen Spaziergängen geführt, war bei ausgezeichnetem Appetit und in guter Stimmung. Im August versuchten zunächst die Ärzte und hierauf die Wärterin Krupjaja durch eine passive Bewegung der jungen Lenins, dessen Sprechfähigkeit wiederherzustellen. Seine Schwester Marie pflegte ihn während der ganzen Zeit.

Im Monate September vermodete Lenin bereits ohne fremde Hilfe Stiegen hinauf- und herabzugehen, wobei er sich auf das Geländer stützte. Im Oktober ging er im Zimmer schon selbständig herum und es lehrte die Sprache bei ihm zurück. Täglich bezeichnete er in den Zeitungen die Artikel, deren Vorlesung er wünschte, und interessierte sich lebhaft für deren Inhalt. Schließlich begann er das Schreiben mit der linken Hand zu lernen. In höchsten Wintertagen begleitete er manchmal die Jäger in den Wald. In Weihnachtsnächten bereitete er in bester Stimmung den Christbaum für die Kinder vor. Am 21. Jänner schied er aber ganz unerwartet eine ernste Krise, die Temperatur sank plötzlich und um 18 Uhr 50 Minuten trat der Tod ein. Durch die Beschau und Autopsie der Leiche ergab sich, daß die Krankheit Lenins ausschließlich durch eine Arteriosklerose im Gehirn als Folge einer übermäßigen Denktätigkeit hervorgerufen wurde, wobei die erbliche Neigung zur Arteriosklerose einen gewissen Einfluß hatte. Das waren die Ursachen der nachfolgenden Lähmung und des Verlustes der Sprache. Die unmittelbare Ursache des Todes war eine schwere Störung der Blutzirkulation im Gehirn und ein Bluterguß.

Verhaltung nationalsozialistischer Führer.

München, 24. Jänner. (Wolff.) In den letzten Tagen wurden mehrere Führer der nationalsozialistischen Partei in Nürnberg in Schutzhaft genommen und nach Landsberg überführt. Nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“ handelt es sich um den früheren Hauptlehrer Julius Streicher, den Lehramtskandidaten Dr. Weiß und Major a. D. von Bols.

Zwei Stützen.

Von Alfons Perold.

Im Gedenden an den großen proletarischen Dichter, der am 25. Jänner 1923 in Riga hinfuhr gestorben ist.

Interieur.

Ein Sonntagmorgens im Monat Jänner. Grauer Schneehimmel gleit zum Fenster herein. Vor mir auf dem Tische stehen in einem hohen Glase langgestielte Rosen von der bleichen, kranklichen Art der Gasbauspflanzen.

Ihr stiches Blüten bereitet mir keine Freude, lang meinen Gedanken keinen — Sommer vorgaben.

Nebenan singen seine, helle Mädchenstimmen ein Lied von Heinz-Schumann, das — durch die schon beginnende Dämmerung schleichend — meine Sinne umspielt.

Es ist ein schwermütiges Augen. Die Töne kommen mir vor wie gesungene Tränen.

Und es macht so müde, dieses Mädchen-singen an diesem, von einer unbegreiflichen Behmut durchzitterten, schwarz-müdig verstreuten Winterlote.

Meine Augen schließen sich halb, geheimnisvolle Schattenswände bauen sich um mich auf.

Blutige Zusammenstöße zwischen Reichswehr und Kommunisten.

Dresden, 24. Jänner. In Aue im Erzgebirge ist es zu schweren Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und einer kommunistischen Menge gekommen. Einzelheiten darüber liegen zur Stunde noch nicht vor. Nach den bisher eingelaufenen Meldungen sind etwa siebzehn Tote und Verwundete zu verzeichnen.

Die Ursache des Massenmordes: Nicht-genehmigung von Versammlungen.

Dresden, 24. Jänner. In den Zusammenstößen im Erzgebirge wird weiter berichtet: In Schwarzenberg, Aue und Umgebung wurden kommunistische Versammlungen abgehalten, trotzdem sie nicht genehmigt waren. Als die Polizei eine solche auflösen wollte, fiel — nach den Behauptungen der Polizei — zunächst ein Schuß aus der Menge und dann eine Handgranate. Die Polizei schoß nun mehr in die Menge, wodurch mehrere Personen verwundet, bezw. getötet wurden. In Aue ging es etwas ruhiger zu. Dort wurde eine große Anzahl von Personen verhaftet. Auch in der Umgebung wurden kommunistische Führer festgenommen.

Die Behörden warnen vor weiteren Ansammlungen und weisen darauf hin, daß die Polizei angewiesen ist, sofort mit der Waffe vorzugehen.

Was sich die Generale erziehen!

Früchte des Ausnahmezustands.

Berlin, 24. Jänner. (Eigenbericht.) Durch das selbstherrliche Verhalten des thüringischen Militärbefehlshabers Generals Hesse ist ein neuer Konflikt zum Ausbruch gekommen. Der General verlangt von der Regierung, daß sie vor jedem Erlass oder Verordnung mit ihm Fühlung nehme, damit er nicht in die Zwangslage komme, die Verordnungen aufzuheben und gegen die verantwortlichen Stellen einschreiten zu müssen. Die thüringische Regierung hat gegen diesen unberechtigten Eingriff in die Landesverwaltung sofort Protest erhoben und sich beschwerdeführend an den Reichskanzler gewandt, weil das anmaßende Vorgehen des Generals gegen die Vereinbarungen mit der Reichsregierung verstoße. Die thüringische Regierung weist bei dieser Gelegenheit neuerlich darauf hin, daß das beste Mittel, um solche Vorkommnisse zu verhindern, die Aufhebung des Belagerungszustandes sei, dessen Anwendung in Thüringen überhaupt durch nichts begründet ist.

Soldnachte des Kapitals.

Berlin, 24. Jänner. (Eigenbericht.) In den nächsten Tagen wird eine antisozialistische W.-H.-brochüre erscheinen, die von niederträchtigen Beschuldigungen und Verleumdungen der sozialdemokratischen Partei wimmelt. Da anzunehmen ist, daß die gesamte arbeitserfindliche Presseleute sich auf diese Veröffentlichung stützen wird, so sei schon jetzt darauf verwiesen, daß ihr Verfasser ein früherer aus der Partei zwangsweise entnommes Mitglied namens Arno Franke ist, der eine kleine Wochenchrift herausgibt und erwiesenermaßen seit längerer Zeit im Solde des größten Ausbeuters Deutschlands Hugo Stinnes steht.

Für und gegen die sächsische Koalition.

Dresden, 24. Jänner. (Eigenbericht.) In der Auffassung der Parteigenossen in Plauen im Vogtland, die bisher die Opposition in der sächsischen Partei lebhaft unterstützt haben, hat sich jetzt eine sehr bemerkbare Wandlung vollzogen. In einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung wurde zur sächsischen Regierungs-bildung Stellung genommen. Nach stundenlanger Debatte wurde schließlich mit 137 gegen 71 Stimmen eine Resolution angenommen, in der anerkannt wird, daß die Mehrheit der Landtags-fraktion sich in einer Zwangslage befinden habe und bedauert wird, daß dieser Umstand von dem Landesparteitag nicht berücksichtigt worden sei. Eine baldige Auflösung des Landtages und die Durchführung von Neuwahlen wird nicht für zweckmäßig gehalten.

Von den blauen, langgestielten Rosen auf dem Tische nicht mir eine melancholisch zu. Der Gesang verflöht.

Und meine Seele verliert die Fügung mit dem glühenden Leben, das auch im Winter irgendwo seine frohen Feste feiert.

Der Bild.

Der grangefärbte Qualm sechs überleuchtender, brennender Niefenferzen durchdrückt das kleine Zimmer. In grünspanbelegten Randelabern flatternd, umflehrt sie gleich Wächtposten die aufgebahrte Leiche des Kameraden.

Die Ausbänntung der wohlfeilen Kranzblumen, der Keryenschwalm macht das Atmen zur Qual.

Der Priester, ein junger, feister Kooperator, ist soeben gekommen und beginnt mit der Einsegnungszeremonie.

Tote, kalte Worte rollen aus seinem Mund. Seine mühsam-glückstarrten Augen sind nicht bei dieser ernststen, heiligen Sache.

Sie wandern durch irgend eine ferne, frohe Stunde.

Der engbrüstige Ministrant schwenkt mit seinem rechten matten Spinnenarm das weiße, liebrigen Rauch ausstreichende Weihrauchschäl. Er hüstelt fortwährend in die vor den Mund gehaltene Handmüchel.

Gemeindevertreterschulen.

Von Franz Uhlir-Graupen.

In vielen Kreisgebieten werden jetzt Gemeindevertreterschulen abgehalten, um die neu-gewählten sozialdemokratischen Mitglieder über das Wesen der Gemeindeverwaltung zu unterrichten. Schon in der abgelassenen Periode tauchten in einigen Kreisen solche Schulen auf und das allgemeine Urteil über deren Erfolg ist nicht ungünstig. Jedem der der Verhältnisse wird es jedoch klar sein, daß alle diese Schulen mehr oder weniger nur Notbehelfe waren, nur um so rasch wie möglich den vielen neuen Gemeindevertretern das allernotwendigste Wissen von der Kommunalpolitik beizubringen. Für die Dauer kommt man ohne theoretische Kenntnisse über die Gemeindeverwaltung, ohne Studium der Gemeindegesetzgebung nicht aus, wenn einem auch einige Erfolge der Praxis beschieden sind. Diese Erkenntnis trat sofort nach Übernahme der Gemeindegeschäfte bei vielen Genossen ein, sie wurden sich bewußt, daß hier Wandel geschaffen werden muß. Und so entstanden die ersten Gemeindevertreterschulen.

Wie sah die nun aber aus? Da hielt ein Genosse, der sich in den Stoff der Gemeindeverwaltung schon etwas eingelebt hatte, einen oder zwei Vorträge von je ein bis zwei Stunden über irgend ein Thema der Kommunalpolitik, dann ein anderer über ein anderes Thema, und das so durch vier bis sechs Sonntage — und die Schule war aus! Gibt es nur einen Kenner der Verhältnisse, der behaupten wird, daß ein Vortragender und sei er der beste Lehrer und glänzendste Redner, in zwei bis drei Stunden die Gemeindeordnung für Böhmen oder das ganze Bauwesen oder die Finanzwirtschaft der Gemeinde erschöpfend vortragen kann! Das ist vollständig ausgeschlossen. Ja, wenn schon das Vortragen eines solchen umfangreichen Stoffes innerhalb dieser verhältnismäßig kurzen Zeit unmöglich ist, wie soll ein nicht vorgebildeter Hörer diese Unsumme von Formalismus und Inhalt auszunehmen imstande sein, wie soll er sie verdauen und verarbeiten und daraus die Anwendung für seine Gemeinde ziehen? (Von der Verantwortlichkeit der Gemeinden gar nicht zu reden!) Mancher der Hörer hat sich eine Menge Notizen mit nachhause genommen, mancher hat sich einen kleinen Teil des Vortrages gemerkt und mancher hat seine Schlußsätze daraus gezogen. Aber viele wissen heute nicht einen Satz davon.

Weil die Gemeinden sogenannte „ewige“ Gebilde sind, deren Lebensdauer über jene der Staaten hinausreicht, muß diesen Organisationen und ihrer Verwaltung ein äußerst großes Augenmerk und eine, fast möchte ich sagen, liebevolle Behandlung zuteil werden. Und wenn man sie richtig behandeln will, so muß man vor allem ihren Organismus verstehen, das Unabänderliche und das Wandelbare in ihm studieren. Und dazu brauchen wir eine Schule! Mit dem Begriff Schule wird bei uns in der Partei, nicht nur in diesem Fall, förmlich Mißbrauch getrieben. Da veranstaltet irgend eine Organisation durch einige Sonntage — wie oben bei den Gemeindevertretern — Vorträge, und sofort ist der hochstrabende Titel „Schule“ da! aMn begnügt sich nicht mit einem Kursus oder Zyllus — nein, „Schule“ muß es genannt werden! Und doch, wie Himmelweit ist diese Form vom Wesen einer Schule entfernt. Bei der Schule heißt es vor allem systematisch, methodisch unterrichten und bei den Elementar-begriffen beginnen. Darum fordere ich für unsere Gemeindevertreter eine wirkliche Schule. Und wie soll die sein, höre ich fragen? Vor allem: den Unterricht in ein System bringen!

Mit Rücksicht auf den Umstand, daß unsere Arbeiter so vielfach zerstreut auseinander wohnen, ungleichmäßige Arbeitszeit (Tag- und Nachtschicht) haben, ist es für den Anfang klar, daß der Unterricht, so ähnlich wie bisher, nur an Sonntagen erfolgen kann. Auch vielleicht nur in den Bezirksstädten. Alles nur im Anfang. Schon bei Besetzung der Stellen als Gemeindevertreter muß den Genossen gesagt werden, daß sie nicht nur eine Verpflichtung, sondern auch eine Verantwortung gegenüber der Partei übernehmen. Daß sie diese nur voll erfüllen können, wenn sie sich auch ver-

Das hohle Hüfteln klingt, als käme es von dem Toten.

Die weiße, schmierige Weihrauchwolke umhüllt schon alles und greift mit unsichtbaren Fingern den rauegästen in die Augen, daß sie brennen und stechen.

Das monotone Murmeln einiger Beter mischt sich mit dem Worigerölle des Priesters.

Aus dem Nebel leuchten die roten Schleifen eines Kranzes.

Der Kooperator macht eine eingelehrte, gedankenlose Handbewegung über den Sarg.

Da reißt ein wildes, herzerschütterndes Schluchzen, das sich neben ihm einer gequälten Brust entringt, seinen Arm vorzeitig herab.

Ein etwa zehnjähriges Mädchen drängt sich zwischen Sarg und Priester:

„Vaterl, mei' Vaterl! stah wieder auf!“

Des Kooperators starre Augen sind aus der fernern, fröhlichen Stunde in die traurige Gegenwart zurückgekehrt.

Ein strenger, zurechtweisender Blick trifft wie ein Reißenschlag das weinende Mädchen, das, Trost suchend, in das unwirksame Gesicht des Priesters blickte.

Berschüchtert schweigt das Kind.

Es weicht zurück mit der ersten Furcht im Herzen vor diesem liebeleeren, eiskalten, toten Christentum.

pflichten, sich das nötige Wissen für diese Stellung anzueignen. Dazu gehört die Absolvierung der Gemeindevertreterschule, deren Besuch für alle sozialdemokratischen Gemeindevertreter obligatorisch ist! Und nun beginnt der Unterricht. Vorgesprochen wurde ich vier Sonntage in den Monaten Jänner bis März und vier Sonntage in den Monaten September bis November; je zwei Stunden vormittags und zwei Stunden nachmittags, zusammen jährlich 32 Stunden. In diesem Zeitraum werden alle Zweige der Gemeindeverwaltung in ihren Elementar-begriffen teils vorgetragen, teils durch praktische Beispiele erklärt. Die Hörer werden auch verpflichtet, selbst Fragen zum Stellen, bezw. zu lösen. Der Unterricht kann zum Teil durch lehrfähige Beamte und Angestellte (insoweit er sich auf Gesetze und ihre theoretische Anwendung bezieht), zum Teil durch Praktiker, Genossen in der Gemeindeverwaltung, erfolgen; letztere haben ihr Augenmerk besonders auf die sozialistische Auffassung und ihre Ausbündung zu richten. Da die Wahlperiode in der Regel vier Jahre dauert, so hätte dieser Unterricht durch alle vier Jahre so zu erfolgen, daß er fortschreitend wäre und in viermal 32 Stunden kann man wohl schon eine große Portion von Kommunalpolitik lernen und lernen. Aber auch damit muß gerechnet werden, daß durch verschiedene Umstände ein Teil der Schüler austreten könnte, weshalb ich meine Berechnung so stellte: Angenommen, eine Gemeinde hatte zu Beginn der Periode zehn Genossen als Gemeindevertreter, von denen nach Ablauf der Periode nur noch fünf vorhanden wären, so wäre immer noch die Frage zu stellen, ob fünf Genossen für die Partei nicht wertvollere Dienste leisten könnten, als zehn ungeschulte, wobei noch zu bedenken ist, daß für die Austretenden doch Ersatzmänner sorgen.

Aber noch den vier Jahren soll die Schule durch uns nicht beendet sein, sondern jetzt mühen — wie in der wirklichen Schule — eben Unterabteilungen oder Klassen gemacht werden. Die ersten fünf, nach obigem Beispiele, können in die zweite Klasse und mühen dort weiter lernen und studieren, während die Neugewählten die erste Klasse besuchen mühen. Und wenn man sich des nur durch drei Perioden fortgesetzt denkt, so werden schon in zwölf Jahren auf unserer Seite eine Anzahl wirklich ausgebildeter und geschulter Gemeindevertreter sein, die von der Partei gebraucht und von den Gegnern gefürchtet, ihren Platz ausfüllen werden. In absehbarer Zeit würden wir nicht nur vollwertige Gemeindevertreter, sondern noch mehr besitzen, denn aus den ehemaligen Hörern würden auch Lehrer werden, so daß manche Schule nicht immer am Sonntag und nicht immer in der Bezirksstadt abgehalten zu werden braucht, sondern auch in größeren Dörfern oder Industriestädten der Unterricht durch die eigenen Leute erfolgen könnte. Die Weiterbildung der aus der Elementar-schule entlassenen Schüler würde durch Vorträge und Kurse von Hochscholenden Kommunalpolitikern, wie sie z. B. Deutschland besitzt, zu erfolgen haben. Dadurch würden wir erreichen, daß unsere Kommunalpolitik im Verlaufe einer Generation eine Höhe erreichen würde, wie sie anderwärts kaum anzutreffen ist. Vieles, was Utopie schien, ist uns gelungen, worum sollte dieser Schritt nicht auch gelingen?

Inland.

Die Sozialversicherung im sozialpolitischen Ausschuss.

Brag, den 22. Jänner 1924. Der sozialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses feierte heute die Generaldebatte über die Sozialversicherung fort.

Der tschechische Nationalsozialist Langr kritisierte die einzelnen Paragraphen der Vorlage und sagte, daß seine Partei für die augenblickliche Gesetzgebung der Sozialversicherung auch der Selbständigen ist, aber gegen jede Verzögerung des vorliegenden Gesetzesantrages aus irgend einem Grunde. Die Sozialisten sehen in dieser Vorlage einen unbefriedigenden Erfolg der zielbewußten Arbeit der sozialistischen Parteien. Die Mängel der Vorlage sind verschuldet durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse und den unerfreulichen Stand unserer Volkswirtschaft.

Der tschechisch-österreichische Curtl war der Meinung, daß die Sozialversicherung „ein Ergebnis der christlichen Bestrebungen und eine Frucht der christlichen Arbeit der tschechischen Volkspartei“ ist. Im übrigen sagte er, daß der Sozialismus, soweit er den schwachen Schichten auf gesellschaftlichem Wege helfen will, den Bestrebungen des christlichen Sozialismus entsprechen. Er beauftragte sich hierbei auf Papst Leo VIII., der angeblich schon in den neunziger Jahren die Grundlagen zur Sozialversicherung legte. Schließlich sagt Redner, die Frage der Sozialversicherung sei nicht die Frage einer Klasse, sondern eine „sozial-nationale“.

Der deutsche Christlich-sozialistische Schäpfler meint, daß aus den Stimmen, die in der Öffentlichkeit über die Sozialversicherung laut werden, hervorgehe, daß man sich „im Allgemeinen“ der Erkenntnis ihrer Notwendigkeit nicht verschließt, doch muß auch für den kleinen Landwirt und Gewerbetreibenden eine entsprechende Fürsorge getroffen werden. Redner ist gegen eine über-hastete Beratung der Sozialversicherung und tritt, solange die Klassen nicht entpolitisiert werden, gegen die Einheitsklassen auf.

Der Nationaldemokrat Dr. Maloušek polemisierte mit den Ausführungen des Genossen Tausch und sagte, daß dessen Behauptung, die nationaldemo-

kräftige Partei meine es nicht ehrsich mit der Sozialversicherung, falsch sei. Bei der Sozialversicherung handle es sich nicht um eine bloße Forderung der sozialistischen Parteien, sondern alle müssen bestrebt sein, die Sozialversicherung Gesetz werden zu lassen. Aber die sozial Schwachen sind nicht nur unter den Arbeitern, sondern auch in anderen Ständen zu finden und deshalb dürfe die Sozialversicherung keine reine Arbeiterversicherung sein. Die Frage der Sozialversicherung muß durch ein Kompromiß des Individualismus mit dem Sozialismus gelöst werden.

Der deutsche Nationalsozialist Papel ist dafür, an Stelle einer Volksversicherung eine Volkerversicherung einzuführen. Er fragt, wie die Sprachenfrage bei der Zentralversicherungsanstalt gelöst werden wird und spricht sich für die organisatorische Vereinigung der Sozialversicherungsinstitute aus.

Der tschechische Unabhängige Klein befaßt sich mit den gegen die Krankenlasten erhobenen Beschwerden, an denen nicht immer ihre Bewältigungen, sondern auch die Umstände der bisherigen Praxis der Krankenversicherung die Schuld tragen.

Als letzter Redner sprach Genosse Baderberg, dessen tiefstürfende und familiäre Einwendungen gegen die Sozialversicherung widerlegenden Ausführungen wir morgen im Auszuge wiedergeben werden.

**Um die Nachfolge Prádel's.**

Durch den endlich erfolgten Rücktritt des Senatspräsidenten ist die Frage seiner Nachfolge akut geworden. Der abretende Prádel übergab die Führung der Prádel'schen Partei dem allerschwachen Vizepräsidenten Radlák. Dieser wird das Prádelium natürlich nur bis zur Neuwahl des Senatspräsidenten leiten. Die Senatspräsidentenstelle gehört zum „Best“ der tschechischen Agrarier, welche somit den Kandidaten zu stellen haben. Man nennt gegenwärtig drei Kandidaten. Der erste ist der belagte Senator Horáček, für den jedoch eine Nachfolge in seiner Eigenschaft als Generalsekretär zum Budget gefunden werden müßte. Die zweite in Frage kommende Person ist der Obmann des Klubs der Senatoren Gustav Benzel Donat, der auch Mitglied der gegen Prádel eingeleiteten Untersuchungskommission war. Schließlich kommt noch in Betracht Senator P. Krojhar, von dem man jedoch nicht weiß, ob er die zu diesem Amte nötige Objektivität aufbringen würde.

Wachstumswert ist es, daß die Geschäftsordnung des Senates den Rücktritt des Präsidenten im Verlaufe einer Wahlperiode überhaupt nicht kennt. Nach der Geschäftsordnung wird der Präsident in der ersten Session gewählt und verbleibt in dieser Funktion bis zur ersten Sitzung des neu gewählten Senates. Es wird daher am Senat liegen, für diesen neuen, in der Geschäftsordnung nicht vorgesehenen Fall eine Regel zu finden.

**Prádel als Diätenschinder.**

Man darf nicht glauben, daß Karl Prádel erst in der Republik seine „segensreiche“ Tätigkeit auf dem Gebiete der Korruption des öffentlichen Lebens begonnen hat. Schon im Jahre 1907 hatte Prádel in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der tschechischen Sektion des böhmischen Landeskulturrates es verstanden, aus seiner Stellung im öffentlichen Leben ein gutes Geschäft zu machen. Prádel, der damals unbeschränkte Führer der tschechischen Agrarier, ließ sich in vier Jahren rund 26.000 Kronen als Diäten auszahlen. Wenn wir diese Ziffer mit dem festgestellten Großhandelsindex (1. Dezember 1923), der 984 beträgt, multiplizieren, ergibt sich nach dem jetzigen Geldwert ein Betrag von

255.840 Kronen für Diäten innerhalb vierer Jahre.

Auf das Jahr 1906 allein entfiel ein Betrag von 9374 Kronen 90 Hellern, wogegen, österreichischen Freizugszettel. Herr Prádel berechnete nämlich für seine „regelmäßiger“ Wohnsitz auf einem seiner Güter gelegen war. Herr Prádel, der schon damals einer der wohlhabendsten Grundbesitzer Böhmens war, war aber auch nicht zu stolz, um in seiner Eigenschaft als Viehzüchter um staatliche Subventionen anzusuchen. Herr Prádel konnte dies alles auch durchsehen, weil der Landeshaushalt unkontrolliert war. Daher auch sein Ausspruch: „Siebzehzig Großgrundbesitzer im Landtag sind mir lieber als siebzehzig Sozialdemokraten“.

**Wann tritt das Abgeordnetenhaus zusammen?**

Das Datum der Einberufung des Abgeordnetenhauses ist trotz der vielen hierüber im Umlauf befindlichen Nachrichten noch nicht genau festgestellt. Für den 30. Jänner ist das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu einer Sitzung einberufen, in der die Entscheidung über die Einberufung des Hauses fallen soll. Man spricht davon, daß der Zusammentritt des Abgeordnetenhauses am 12. Feber erfolgen soll. Dieses Datum gilt nicht für sicher, jedenfalls aber wird das Abgeordnetenhaus längstens bis 20. Feber zusammenzutreten. Das Abgeordnetenhaus wird unter anderem das Mietrecht und die Sozialversicherung zu behandeln haben; außerdem wird der Außenminister Dr. Beneš entweder im Ausschuss oder im Plenum des Hauses Aufklärungen über die außenpolitische Lage geben. Heute tritt der Zentralausschuss der Koalition zusammen, der die mit der „Liquidie-

rung der Spiritusaffäre zusammenhängenden Angelegenheiten“ behandeln und über die Frage der Reform des staatlichen Bodenamtes beratschlagen wird.

Der „Kleine“ Geldbetrug. Die kommunistische „Internationale“ hatte über den von uns berichteten Fall des kommunistischen Kreissekretärs Baumheier mitgeteilt, daß „durch seine Schuld Abgänge in der Geldgebarung vorgekommen sind, wodurch die Bezirkskrankenkasse einen kleinen Geldbetrag verloren habe“. Der Duxer nationalsozialistische „Tag“ erfährt nun aus „verlässlicher Quelle“, daß Baumheier einen Geldbetrag von 11.800 Kronen defraudierte. Wenn auch das nationalsozialistische Duxer Blatt eine höchst freiwürdige Quelle ist, so ist es doch merkwürdig, wie gut die Nationalsozialisten über die Vorgänge in der kommunistischen Partei, diesem ihrem Partner in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, informiert sind. Sie scheinen es sehr nahe zueinander zu haben, die Anbeter des Moskauer Sowjetismus und des Münchener Galenkreuzes!

**Ausland.**

Die erste auslandsdeutsche Republik. Der erste Kongreß der Räte der „Arbeitskommune des autonomen Gebietes der Wolgadeutschen“, der dieser Tage in Pokrowsk a. d. Wolga stattfand, hat mit besonderer Erlaubnis der Moskauer Zentralregierung beschlossen, das Gebiet in eine Sozialistische Sowjetrepublik umzugestalten und dem Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR) beizutreten. Damit ist zum erstenmal in der Geschichte eine auslandsdeutsche Republik entstanden, deren Verfassung sich infolge ihres Sowjetischen Charakters zwar von den anderen Republiken unterscheidet, den Wolgadeutschen aber die Möglichkeit geben soll, sich nach den Jahren blutiger Bürgerkriege und folgenreicher Hungernöte wirtschaftlich wieder zu erholen. Die deutschen Wolgakolonien waren seit 1918 unfreiwillig autonom und hatten dafür überaus schwere Naturalsteuern zu entrichten. Wie weit die Hoffnungen der wolgadeutschen Sowjets, von denen übrigens jedes „sozialdemokratische, bürgerliche und bourgeoise Element“ ferngehalten wird, sowie die der Moskauer Regierung auf eine Beschleunigung des Wiederaufbaues der zerstörten Wolgakolonien durch die neue Republik gerechtfertigt sind, wird erst die Zukunft erweisen.

Ein neuer Versuch zur Gründung eines Arbeiterzeitungsblattes in den Vereinigten Staaten. Auch das neue Arbeiterzeitungsblatt „New York Leader“, das an Stelle des eingegangenen „Call“ im Spätherbst gegründet wurde, hat sich nicht halten können. Sein Abfall war nicht gering, doch nicht hoch genug, um die Geschäftsleute zur Aufgabe von Interven zu bewegen. Nun ist ein dritter Versuch im Gange; vom 13. Jänner ab soll ein neues Tagblatt „Daily Worker“ herausgegeben werden, das nunmehr in Chicago erscheinen und das Organ der vereinigten Farmer- und Arbeiterpartei sein soll (Farmer and Labour Party). Diese Partei bekämpft die konservative Richtung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes unter Samuel Gompers und ist in ihren Bestrebungen viel radikaler gerichtet.

**Das Urteil im Ukain-Prozess.**

Budapest, 24. Jänner. (M.Z.) Im Prozesse Ukain wurde heute vormittag das Urteil verkündet, demzufolge das Gericht den Abgeordneten Ukain, Dr. Bela Szemere und Titus Bobula des Vergehens der Verbindung zum Aufbruch schuldig befunden hat, und alle drei zu dreiwöchiger Staatsgefängnis verurteilt. Die Strafe erscheint durch die Präventiv- und Untersuchungsmaßnahme als vollständig verbüßt. In der Begründung des Urteils wird ausgesprochen: Die Angeklagten haben sich ein Vergehen (1) zuschulden kommen lassen, indem sie sich mit Bayern verbündeten, eine Militärkonvention zur Erzwingung der Wiederherstellung der Grenze von 1914 und zur gewalttätigen Entfremdung der ungarischen Regierung von ihren Posten schlossen.

**Kurze Auslandsmeldungen.**

Bened in Paris. Paris 24. Jänner. Minister Dr. Bened ist Donnerstag nachmittags in Paris eingetroffen.

Schacht bei Polnarew. Paris, 24. Jänner. Ministerpräsident Poincaré hat heute nachmittags u. a. auch Dr. Schacht empfangen.

Zusammentritt des Reichstags Mitte Feber. Berlin, 24. Jänner. Bei einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der Regierungsparteien wurde vereinbart, den Reichstag Mitte Feber einzuberufen. Der Reichskanzler erklärte, daß er die Verlängerung des am 15. Feber ablaufenden Ermächtigungsgesetzes nicht beantragen werde.

Der Miller-Prozess beginnt am 18. Feber. München, 24. Jänner. Die Entscheidung über die Durchführung des Millerprozesses ist nunmehr endgültig gefallen. Die Hauptverhandlung wird am 18. Feber in München beginnen.

Schwere Grubenkatastrophe. Paris, 24. Jänner. (Havas.) Das Blatt „Paris Mid“ veröffentlicht folgende Depesche aus New York: Laut Meldungen aus El Paso sind 50 mexikanische und amerikanische Bergleute in einem Bergwerk von Villa-Gumando, 20 Meilen südlich von El Paso, verschüttet worden.

**Tages-Neuigkeiten.**

**Wie die Aufhiger „Internationale“ den toten Lenin „würdigt“.**

Montag Abend starb Lenin, Dienstag abends war die Todesnachricht in ganz Europa bekannt, Mittwoch früh erschienen alle Tagesblätter mit Leitartikel, Aufsätzen und Feuilletons über den Toten. Das Aufhiger kommunistische Blatt, die „Internationale“, konnte — jedenfalls wegen ihrer Erscheinungsweise — Lenin erst in ihrer Donnerstagsnummer den Nekrolog halten. Dieser Nekrolog der „Internationale“ besteht nun zu einem Drittel aus belanglosen, in der Redaktion der „Internationale“ jedenfalls selber erzeugten Phrasen, während die restlichen zwei Drittel aus dem von uns als Feuilleton abgedruckten Aufsatz aus dem Buch „Russische Köpfe“ von Oscar Bismarck zusammengeknitten sind, ohne daß Quelle und Autor auch nur mit einem Worte erwähnt würden! Der Redakteur der „Internationale“ begnügte sich nicht, den Aufsatz zusammenzustricken, sondern schnitt und püfete Vorderes nach rückwärts, Hinteres nach vorn, und erzeugte so einen furchtbar unheimlichen Aufsatz über Lenins Persönlichkeit, der aber — wie gesagt — zum weitaus überwiegenden Teile wörtlich aus dem Aufsatz Plums besteht.

Das ist also die „Würdigung“, die das kommunistische Blatt Lenin zuteil werden läßt! Am dritten Tag nach dem Tode, nachdem alle gegenrussischen Blätter längst über Lenin geschrieben haben, vermag eine kommunistische Redaktion nicht, aus Eigenem einen Aufsatz zustande zu bringen, greift zu einer nicht kommunistischen Quelle — Plums schreibt unter anderem: „Der Hauptposten in der Rechnung Lenins stimmt nicht“. — und erzeugt so mit Gummis und Schere seinen „tiefgeföhnten“ Nachruf auf den größten ihrer Toten! Damit hat das kommunistische Blatt nicht nur einen Beweis ihrer grenzenlosen geistigen Armut geliefert, sondern auch wieder seine vermessene Selbstsicherheit bezeugt, die sich nicht scheut, in einem für die Kommunisten historischen Augenblick von beispieldloser Größe, fremdes seelisches und geistiges Eigentum für eigenes auszugeben, nachdem es mit plumper Hand unternommen zu haben versucht wurde.

Ein vernünftiger Erlaß: die tschechischen Offiziere müssen deutsch lernen. Zu dieser von uns gestern gebrachten Meldung erhalten wir vom Ministerium für Nationalverteidigung eine Zuschrift, in der es heißt, daß ein derartiger Erlaß bis jetzt nicht herausgegeben wurde. Diese Meldung sei jedenfalls dadurch entstanden, daß das Nationalverteidigungsministerium von den Besuchern der Kriegsschule die Kenntnis der deutschen Sprache und außerdem auch die Kenntnis einer anderen Minoritätensprache verlange. Die Militärverwaltung gebe den Offizieren die Möglichkeit, diese Sprachen zu erlernen. So ist vor kurzer Zeit der Deutschunterricht an der Weiskrämer Militärschule als Pflichtgegenstand eingeführt worden.

Gefahr eines Kellnerstreiks in Prag. Mittwoch abends sind zwischen den Kellnerorganisationen „Ganymed“ und „Oltovar“ und der Hotelier- und Gastwirtevereinigung in Prag Lohnverhandlungen geführt worden, die sich aber zerschlagen haben. Obwohl die Verhandlungen mit Unterstützung des Ministeriums für soziale Fürsorge noch fortgesetzt werden sollen, ist die Gefahr eines Kellnerstreikes in die Nähe gerückt, da die Kellner nicht gewillt sind die von den Unternehmern beantragten Punkte über die Entlohnung der Köche anzunehmen.

Ueber das öffentliche Armenwesen in jenen Gemeinden der Tschechoslowakischen Republik, welche mehr als 5000 Einwohner haben und welche sich von Bezirksgerichten resp. Bezirksämtern sind, werden in der sechsten erschienenen Nummer der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“ Daten für das Jahr 1922 veröffentlicht. Von der Gesamtzahl der regelmäßig unterstützten Personen (67.146) wurden 9609 in den Gemeindeanstalten gänzlich versorgt, 53.535 Personen wurden mit Geld oder Naturalien unterstützt, 140 Personen wurden als Einzelverpflegte und für 3862 Personen haben die Gemeinden Unterstützungsstellen fremden Anstalten, Kolonien und Pflanzern refundiert. Außerdem wurden 24.682 Personen vorübergehend unterstützt; 10.010 Personen wurden aus den Armenstützungen versorgt, 2169 Personen sind der Armenpflege infolge Kriegsbeschädigung zugesellen und 17.741 Personen wurden in anderen als in den Gemeindeanstalten versorgt. Was die Finanzen des öffentlichen Armenwesens anbelangt, betragen die Auslagen 43.889.267 K., die Einnahmen 19.882.484 K., das Defizit 24.206.833 Kronen. Das gesamte Reinvermögen machte 96.867.110 K. aus.

Vorsicht vor Unterstützungsgeheimnissen! In Prag geht ein Mann herum, der angeblich aus Brann zugereist ist und nach Deutschland fahren will, wozu ihm das Reisegeld fehlen soll. Er ist mit einem Mitgliedsbuche des Berliner Metallarbeiterverbandes versehen, das auf den Namen Franz Zegula, Beitrittsjahr 1919, lautet. Bei Empfangnahme einer ihm zugeordneten Unterstützung tritt er sich bei der Unterschrift und unterschrieb sich mit einem anderen Namen als Franz Zegula oder Zida. Er scheint also mit einem nicht ihm gebörenden Mitgliedsbuche Unterstützungen einzusammeln, weshalb vor ihm gewarnt wird.

Gemien in Böhmen. Die Gemien kommen in der Tschechoslowakei nicht bloß in den Karpaten, sondern auch in Böhmen bei Böhmen, Samik auf

der Rinschischen Domäne vor. Der dermalige Stand beträgt dort 24 Stüd.

Eine seltsame Leibesfrucht. In der Gebärstube des Toppauer Krankenhauses wurde eine Mutter einer Leibesfrucht entbunden, die vier Hände, vier Füße, zwei Körper und einen Kopf hatte. Die Leibesfrucht kam tot zur Welt.

Am Antischloß ermordet. Zwischen Ubrizky und Polowiz (in Mähren) wurde am Montag der 48-jährige Ausfuhrer des Prohntzer Aktienbrauhauses Rudolf Skalik, als er nach Kojetein Bier führte, überfallen, erschossen und um 1200 K beraubt, die er für Bier einkaufte hatte. Er war offenbar, als er auf der Fahrt eingedrückt war, in den Kopf geschossen und darauf mit einem stumpfen Werkzeug geschlagen worden. Die Pferde gingen in das heimliche Prádelhaus weiter und machten am Hofe Halt. Da niemand ausstieg, kam ein Knecht, blühte in den Wagen und sah die Leiche mit durchschossenem Kopfe auf dem Wagenbod mit einem Riemen angeschafft. Der Mörder ist spurlos verschwunden. Der Ermordete hinterläßt eine Witwe und zwei Kinder.

Eine Heilstätte für geschlechtskranke Kinder in Wien. Da durch den Krieg in Wien eine derartige Vermehrung der geschlechtskranken Kinder eingetreten ist, daß ihre Unterbringung in den einzelnen Krankenhäusern auf Schwierigkeiten stößt, will der städtische Wohlfahrtsreferent für Wien, Genosse Professor Dr. Tandler, die geschlechtskranken Kinder in einer Heilstätte, die in einem eigenen Pavillon des Wiener Zentralkinderheims untergebracht werden soll, zusammenfassen. In diesem Pavillon werden die Kinder vollkommen isoliert werden. Die Heilstätte wird vorläufig für 250 Kinder Raum bieten. Die Adaptierung des Pavillons soll sofort in Angriff genommen werden, damit in kürzester Zeit 150 geschlechtskranke Kinder dort untergebracht werden können. Es wird Vorfrage getroffen werden, daß die Angehörigen das geschlechtskranke Kind in diese Anstalt ganz unauffällig hinbringen und besuchen können.

Die Stadt Wien will beide Wiener Staatstheater übernehmen. Wie der Wiener „Tag“ meldet, hat ein hervorragender Funktionär der Gemeinde Wien seinem Mitarbeiter erklärt, daß die Gemeinde sich bereit erklären werde, beide Wiener Staatstheater zu übernehmen. Sie würde sich dann bemühen, durch Behebung der Organisationsmängel, durch eine straffere Zusammenfassung des weitläufigen administrativen Apparates und durch eine Belebung des Interesses der Bevölkerung für die Theater das Defizit abzubauen oder zu beseitigen. Sollte nach all dem noch immer ein Defizit übrig bleiben, so ist die Stadtverwaltung gerne bereit, in Würdigung des eminenten Kulturwertes beider Staatstheater das Defizit aus eigenen Mitteln zu tragen.

Endgültiger Sieg der Gemeinde Wien in der Krematoriumsfrage. Der österreichische Verfassungsgerichtshof hat die von der Bundesregierung gegen den Betrieb des Wiener Krematoriums gerichteten zwei Beschwerden zurückgewiesen. Der Betrieb des Krematoriums bleibt also weiterhin aufrecht — trotz des heftigen Kampfes der Wiener Christlichsozialen, die in dem Bestand des Krematoriums allein schon eine Verletzung ihrer „Christlichen“ Gesetze erblickten.

Hakenkreuzler dürfen Arbeiter angreifen. Aus Steyr wird über folgendes Klassenurteil berichtet: Vor längerer Zeit gingen vier Genossen vom Arbeiterturnverein „Vorwärts“ in Neuzug um Mitternacht von einer Unterhaltung in Leiten nach Hause. In Zieringhofen warteten zwei von ihnen auf der Brücke auf die beiden anderen, die etwas zurückgeblieben waren. Da kam ein Rudel deutscher Turner auf sie zu und einer von ihnen wollte mit einem Händhölzchen dem Genossen Friedrich Brandstätter ins Gesicht leuchten. Dieser, der nicht wusste, wer die Leute waren und was sie wollten, gab dem Mann eine Ohrfeige. Da inzwischen die beiden zurückgebliebenen Arbeiter herankamen, sandten es die Hakenkreuzler für rätlich, sich zurückzuziehen. Aber bald kamen sie der Arbeiterturnern mit Verstärkung nach, und einer der Hakenkreuzler, ein gewisser Mayr, stürzte sich auf Brandstätter und würgte ihn am Hals; die Spuren waren noch einige Tage später zu sehen. Schließlich gelang es den vier Genossen, die weit zahlreicheren Hakenkreuzler zurückzudrängen, wobei diese auch eine Anzahl von Beulen davontrugen. Die deutschen Helden ließen sich von einem gestunungsverwandten Arzt ein Paracetamol über ihre „Verletzungen“ ausstellen und erlateten eine Anzeige gegen die Arbeiter. Das Bezirksgericht Steyr begnügte sich, zehn Hakenkreuzler als Zeugen vorzuladen, die von Brandstätter geführten Zeugen lehnte es dagegen bis auf einen ab mit dem Bemerkten, daß ohnedies schon genug Zeugen geladen seien. Brandstätter wurde denn auch prompt zu acht Tagen Arrest verurteilt.

Ein sonderbarer Entlassungsgrund. Dieser Tage fand beim Bezirksgerichte in Rihühel eine Verhandlung statt, in welcher die landwirtschaftliche Arbeiterin D. W. ihre Dienstgeberin, Frau Haberl, Gastwirtin in Fieberbrunn, wegen Nachzahlung des Entgeltes klagte. Am Sonntag, den 8. Dezember 1923, ging D. W. zur Beichte und mußte, da ein sehr großer Andrang an allen Beichtstühlen herrschte, warten, bis sie darankam. Dies hatte zur Folge, daß sie etwas später, etwa um 8 Uhr früh, wieder in ihren Dienstort zurückkam. Darauf wurde sie von Frau Haberl, welche Präsidentin der katolischen Frauenorganisation ist, auf der Stelle entlassen. Das Gericht belehrte die Frau, daß man mit „Dienstboten“ auf diese Weise nicht verfahren darf, und verurteilte sie zur Zahlung der geforderten Summe.

**Die geliebten Beziehungen.** Der österreichische Bundeskanzler Dr. Seipel und der österreichische Minister des Auswärtigen Dr. Grüner werden am 3. Febr. l. J. zu dem angekündigten Besuch in Bukarest eintreffen. Politische Kreise fassen den Besuch dahin auf, daß er den vorzüglichen österreichisch-rumänischen Beziehungen die Weihe gebe und zugleich den Wunsch der österreichischen Regierung zum Ausdruck bringe, diese Beziehungen noch zu festigen. — Man muß zugeben: Kein anderer als der Pfaffe Seipel ist dazu berufen, Beziehungen die Weihe zu geben. Versteht er doch, mit dem Weiwedel umzugehen.

**Eine Skandalaffäre in den Berliner Wohnungsdämern.** Von dem Berliner Stadtverordnetenaußenrat, der zur Nachprüfung von Verordnungen in den Wohnungsdämern eingesetzt wurde, wurde festgestellt, daß insgesamt 103 Angestellte wegen Verfehlungen bestraft werden mußten. Der Ausschuss verlangt ferner Angaben über die Gesamtzahl der in den städtischen Wohnungsdämern tätigen Beamten, da diese Zahl auf weit über 1000 geschätzt wird. In manchen Bezirken sollen die Wohnungsdämern eine geradezu ungeheuerliche Zahl von Kräften aufweisen.

**Aufgehobene Suspendierung kommunistischer Blätter.** Der Präfekt von Mailand hat die Suspendierung der kommunistischen Wochenblätter wiederum aufgehoben.

**Feiteres. (Wandlung.)** Donnerwetter, die Käse! Jetzt bin ich beinahe auch schon für die Feuerbestattung, denn einmal möcht' ich's doch noch recht warm haben auf der Welt! — (Vom Wuchermarkt.) Vom Wuchergericht sind zwei Häuener mit einem Verweis bestraft worden, weil sie so teure Eier legen. Die Unkosten für die als Zeugen erschienenen Eierfrauen wurden der Staatskasse auferlegt. — (Ein großer Ballabend:) man tanzt noch morgens um 3 Uhr. Einer der Eingeladenen beschließt nach Hause zu gehen und bittet den Kellner, ihm Hut und Mantel zu bringen. „Aber das ist nicht mein Hut!“ „Ist nicht Ihr Hut? Es ist der beste, von denen, die sich noch in der Garderobe befinden.“ „Aber der meinige war ganz neu.“ „Ganz neu? Die neuen sind nicht mehr da, es ist schon weit über Mitternacht.“ — (Der Kleine Faverl) muß den Herrn Farter aus Sterbebett seines Vaters holen. Da es Nacht ist und tiefer Schnee liegt, kommen sie nicht so rasch vorwärts wie es Kavel möchte. Den Herrn Farter aber direkt zum Hausen aufzufordern, getraut sich der Kavel nicht. In seiner Herzensangst dreht er sich zum Farter um und sagt: „Naha mücht' i, wann da Batta scho g'schtor'n war, wann ma hin kemma.“ — (Gegenseitig.) „Nein, über mein Schutzheng kann ich nicht klagen; diese Stiefel z. B. trage ich schon fast zwei Jahre und habe noch keinen Heller für Reparaturen bezahlt.“ „Ja, das hat mir Ihr Schwager gestern auch gesagt.“ — (Die Spymark.) In Italien starb der berühmte Physiker Prof. C. Zeino. Seine letzten Reste wurden verbrannt und die Asche streuten die Angehörigen in Erfüllung einer letzten Verfügung des Verstorbenen ins Meer. Eine Berliner Zeitung meldet diesen Vorgang unter der Spymark: „Der gestirnte Professor.“

**Wohlfahrt und Sozialpolitik.**  
**Für die Arbeitslosenunterstützung der Bauarbeiter!**

Unter der engberzigen Praxis der staatlichen Arbeitslosenunterstützung nach dem Gesetze vom 12. August 1921, Nr. 322 leiden bekanntlich die Bauarbeiter besonders. Sie werden im Sinne der Bestimmung des Paragraphen zwei dieses Gesetzes als „Saisonarbeiter“ betrachtet und können nur ausnahmsweise auf Grund einer besonderen Verordnung des Ministeriums für soziale Fürsorge eine teilweise Unterstützung erhalten. Infolge der fortwährenden Einwirkungen der gewerkschaftlichen Organisation hat nun das Ministerium für soziale Fürsorge seinerzeit wohl eine solche Verordnung erlassen, die aber durch ihre Bedingungen die Unterstützung fast unwirksam macht. Diese Verordnung ist nun noch verschärft worden. Abgesehen von der sonstigen zeitlichen Begrenzung und den verkürzten Unterstützungssätzen können nach der Verordnung gerade in der schlimmsten Zeit der Arbeitslosigkeit, in den Wintermonaten, die Bauarbeiter überhaupt keine Unterstützung erhalten. Es ist begreiflich, daß diese Art der ausnahmsweisen Arbeitslosenunterstützung besonders erbitternd auf die Bauarbeiter wirken muß. In einer Darstellung über die Unzulänglichkeiten in der Handhabung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung hat der Deutsche Gewerkschaftsbund schon im Vorjahre auf diese Behandlung von verschiedenen Arbeitergruppen, die unter den Begriff „Saisonarbeiter“ eingereicht werden, verwiesen und vom Ministerium für soziale Fürsorge Abhilfe verlangt. Nun hat auch im besonderen Falle der Bauarbeiter die Zentralgewerkschaftskommission sich mit einer Eingabe an das Ministerium für soziale Fürsorge gewandt, in der es unter anderem heißt: Durch die Verordnung vom 29. Dezember 1923 Nr. 264 wird neuerlich die Arbeitslosenunterstützung der Bauarbeiter, die auf dem § 19 des Gesetzes vom 12. August 1921 Nr. 322 beruht, fast unwirksam gemacht. Durch die neue Verordnung ist den Bauarbeitern die Unterstützung während der Saison, daß ist vom 1. März bis 31. Dezember zugesprochen worden, jedoch nur für die Dauer von vier Wochen. Die bisher in den Monaten Jänner und Febr. zurückerhaltene ermäßigte Unterstützung ist damit eingestellt. Die Zentralgewerkschaftskommission sieht sich veranlagt, gegen dieses Unrecht, welches an den Bau-

arbeitern verübt wird, die ernstesten Vorstellungen zu erheben und ersucht das Ministerium für soziale Fürsorge, die Verordnung so abzuändern, daß der Anspruch der Bauarbeiter auf Arbeitslosenunterstützung jetzt schon beginnt. Bei den Bauarbeitern handelt es sich meist um ganzjährig beschäftigte Arbeiter, die nur infolge der Witterungsverhältnisse die Arbeit nicht fortsetzen können. Die Löhne der Bauarbeiter sind nicht derartig, da in der Saison Rücklagen für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit gemacht werden können.

**Die Ausfuhr im Jahre 1923.**

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht soeben eine Uebersicht über die Ausfuhr nach den einzelnen Zolltarifklassen für den Monat Dezember 1923 sowie für die ganze Periode Jänner bis Dezember 1923. Diese Daten sind provisorisch, endgültige Daten werden in der Jahrespublikation über den Außenhandel der Tschechoslowakischen Republik im Jahre 1923 veröffentlicht.

Insgesamt betrug im Jahre 1923 die Ausfuhr 11.309.772.495 Kilo und 4.748.515 Stück im Werte von 12.518.613.927 Ké. Nach den einzelnen Ländern ergibt sich der Wert unserer Ausfuhr im Jahre 1923 wie folgt: Oesterreich 2.630.180.999, Deutschland 2.554.223.616, Großbritannien 1.216.447.727, Magararien 713.724.062, Vereinigte Staaten von Nordamerika 556.663.029, Jugoslawien 520.202.200, Schweiz 487.430.043, Italien 463.845.832, Rumänien 405.244.245, Polen 358.004.559, Frankreich 302.345.846, Niederlande 232.141.441, Belgien 96.281.609, sonstige Staaten 1.944.828.017 Ké.

Die dem Werte nach wichtigsten im Jahre 1923 ausgeführten Waren sind die folgenden: Zucker 474.660.132, Holz, Kohlen 216.322.492, Baumwolle, Garne u. Waren daraus 181.415.661, Glas und Glaswaren 129.332.617, Wolle, Wollengarne und Wollwaren 123.418.324, Eisen und Eisenwaren 108.010.022, Getreide, Mais, Nulsenfrüchte etc. 87.142.944, Obst, Gemüse, Pflanzen 55.492.111, Flach, Hanf, Jute etc. 40.760.534, Tonwaren 33.165.499 Ké.

Die Daten der Einfuhr werden erst bekanntgegeben werden.

**Summarische Daten über das Auswanderungswesen in der Tschechoslowakischen Republik für das Jahr 1922** bringt die soeben erschienene Nummer 103 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. Ihnen zufolge wurden im Laufe des Jahres 1922 Auswandererpässe im ganzen an 39.429 Personen ausgefolgt. Von diesen waren 27.647 tschechoslowakischer, 7.932 deutscher, 1.669 ungarischer und 2.181 sonstiger Nationalität. Die meisten Auswanderer (18.291) haben als Reisefiel die Vereinigten Staaten von Nordamerika angegeben, dann Deutschland (5.208), Oesterreich (4.214) und Frankreich (3.457). Von den Berufstätigen waren die meisten Arbeiter und Tagelöhner (21.671), dann Selbständige und Pächter (5.436). Wenn wir die einzelnen Berufsgruppen in Betracht ziehen, bemerken wir, daß die meisten berufstätigen Auswanderer, nämlich 14.658, dem Industrie- und Gewerbebetriebe angehört haben; außerdem gehörten 7.034 der Land- und Forstwirtschaft und den Fischereien, dem Handel und Verkehr 1.500, dem öffentlichen Dienste und freien Berufen 678 und 15.359 Personen sonstigen Berufen und der Kategorie ohne Beruf und ohne Angabe des Berufes an. In der Zeit der Ausgabe der Pässe waren 12.062 Personen beschäftigungslos.

**Der deutsche Finanzminister über Deutschlands Staatswirtschaft.** Im Uebersichtsband Hamburg sprach heute Reichsfinanzminister Dr. Luther über die allgemeine Finanzlage Deutschlands. Der Rentenmarkegedanke habe die Notenpresse zum Stillstand gebracht. Nicht der geringste Betrag an Reichsschatzungsanweisungen sei seit der Einführung der Rentenmark mehr diskontiert worden. Ein neuer Währungsverfall würde sofort allen Verhandlungen über Kredite ein Ende bereiten. Derum dürften die Steuermaßnahmen vor seiner Schlichtung des Volkes Halt machen. Wenn alle deutschen Länder dem Reiche bei seinen Sparungsmaßnahmen folgten, könne eine Reichshaushaltung aufgestellt werden, der die inneren Ausgaben in Deutschland im Jahre 1924 dede. Der Haushalt dede aber nicht die Besetzungskosten. Auch die sogenannten inneren Ausgaben aus dem Versailles Vertrag bleiben zum großen Teile ungedeckt. — Die Kreditfrage sei nur mit Hilfe des Auslandes zu lösen. Zu den Verhältnissen im besetzten Gebiete sagte der Minister, die rheinische Notenbank müsse durchaus willkommen sein, soweit sie Kreditmöglichkeiten für die Industrie schaffe. Es sei aber unmöglich, dem zuzustimmen, daß die deutsche Währungsseinheit zerissen werde. Reparationsleistungen könnten von Deutschland nur getragen werden, wenn als Gegenleistung das gesamte deutsche Volk in wirtschaftlicher und finanzieller Freiheit in Betracht komme.

**Beratung des Budgets in der französischen Kammer.** Der Generalsekretär für das Budget Bolanowski erstattete in der französischen Kammer Bericht über die Fiskalprojekte, deren schleunige Beratung die Regierung fordert. Bolanowski betonte in seinem Berichte die dringende unaufschiebbare Notwendigkeit, dem Rückgang des Franken zu steuern. Eine wirksame Maßnahme ist lediglich das Gleichgewicht des Vorkauschlages. Der Berichterstatter weist sodann nach, daß die heimischen Preise dem Aufstieg und Rückgang der Währung folgen, und die Bewegung derselben abspiegeln. Er betonte, daß der Rückgang der Währung ein Defizit im Budget zur Folge hat. Redner führte weiters einige Beispiele an, welche dartun, daß ein Auf-

stieg der Währung stets eine Besserung der finanziellen Lage herbeiführt. Die wirtschaftliche Lage Frankreichs ist vollkommen befriedigend, das Gleichgewicht in der Handelsbilanz nahezu vollkommen wiederhergestellt, der Aufschwung im Handel geht rasch vor sich. Die Arbeit ist im allgemeinen wieder belebt. Somit genug Gründe, wie der Berichterstatter erklärt, um eine Stabilisierung des Franken zu rechtfertigen. Damit die Spekulation zum Sturz des Franken brechen werden, müßten wir das Gleichgewicht des außerordentlichen Budgets sicherstellen. Es ist eine unrichtige Vermutung, daß die Forderungen Frankreichs gegenüber Deutschlands gemildert werden müßten, wenn wir Sparsamkeit im ordentlichen Budget und das Gleichgewicht im außerordentlichen Budget durch neue fiskalische Quellen sichern werden. Die Zahlungen, welche Frankreich von Deutschland fordert und erwartet, werden zur Amortisierung der öffentlichen Schuld und zu Erleichterungen der französischen Steuerzahler verwendet werden. Wenn wir das Gleichgewicht der beiden Budgets mit eigenen Mitteln durchführen, werden wir hiedurch umso kräftiger zur Geltendmachung unserer Ansprüche Deutschland gegenüber sein.

**Devilenturfe.**

**Die tschechische Krone notiert in:**  
New York 100 Ké . . . . . Dollar 2,90\*00  
Paris 100 . . . . . Schweizer. Franc 16,77\*50  
Berlin 1 . . . . . Mark 122,250,000,000\*00  
Wien 1 . . . . . österr. Kronen 2,067\*00

**Prager Kurie am 24. Jänner.**

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . . . .	1297*00	1302*00
1 Billion Mark! . . . . .	8*05*00	8*25*00
100 belg. Francs . . . . .	140,75*00	142,25*00
100 schwed. Franc . . . . .	6*39*00	6*03*00
1 Pfund Sterling . . . . .	147,05*00	148,45*00
100 Lire . . . . .	51,62*50	53,12*50
1 Dollar . . . . .	34,57*00	35,10*00
100 irans. Francs . . . . .	155,25*00	156,75*00
100 Dinar . . . . .	30,75*00	30,25*00
100 mag. ar. Kronen 12,00*00		12,50*00
1,000,000 belg. Mark! . . . . .	3*39*00	4,10*00
10,000 österr. Kronen . . . . .	4,77*50	4,07*50

**Kunst und Wissen.**

**Drittes Arbeiter-Symphonie-Konzert in Aufjg.**

Verchiebungen und Änderungen im Programm eines Konzerts sind in der Regel keine guten Vorbereitungen und wenn dazu noch ein Wechsel im Dirigenten eintritt, so gibt dies sehr leicht zu den schlimmsten Bespürungen Anlaß. Anstatt der Sinfonischen Dichtung „Les Préludes“ von Liszt wurde die Overtüre zu „Tannhäuser“ auf das Programm gesetzt, die Trauermusik aus „Götterdämmerung“ und „Tod und Verklärung“ von Richard Strauß entfiel, dafür gabe es die Sinfonie Nr. IV Bdur von Beethoven. Und doch war diese Aenderung in vieler Beziehung anstatt eine Verschlechterung eine Verbesserung des Programms, schon aus dem Grunde, weil vom Großteil der Besucher, insofern sie Arbeiter sind, gefühlsmäßig Beethoven wohl viel besser verstanden, leichter aufgefaßt wird, wie Richard Strauß und Franz Liszt. Aber auch der Dirigentenwechsel brachte keine Enttäuschung. Wenn ich auch den verhinderten Dirigenten Leo Blech als Dirigenten nicht kenne, so verdirbt doch kein berühmter Name dafür, daß seine Leistungen wohl ein Höchstmaß gewesen wären; doch jene des „Erfahrungsmannes“, Herrn Leopold Reichwein, Konzertdirektor der Gesellschaft der Musikfreunde in Wien, waren es nicht minder. Schon seine Art zu dirigieren war für das Auge sympathisch, es war keine Effekthaserei, sondern ein Eingehen auf alle Feinheiten, wobei er mit seinen Händen, besonders mit der Linken, förmliche Klangwunder schuf. Auch daß er, mit Ausnahme des Orchestervorspiel zu „Tristan und Isolde“, alle Pleken ohne Partitur dirigierte, wahr wohl ein glänzender Beweis seines Wissens, denn diese großen Werke in allen ihren Einzelheiten im Kopfe zu haben, ist schon ein Wunderwerk; das alles aber sozusagen aus dem Handgelenk wiedergeben, ist ein noch größeres. Wie plausibel dieser Dirigent die Overtüre zu „Tannhäuser“ darbot, habe ich sie noch nicht oft gehört. Es war ein wirkliches Meisterwerk der Dirigierkunst. Und wie schön waren alle Sätze der Beethoven-Sinfonie! Mit einer Hingabe sondergleichen vertieften sich Dirigent und Orchester in dieses Werk, daß wohl auch dem unmusikalischen Zuhörer das Herz dabei aufging. Wie herrlich arbeitete er das „Meistersinger“-Vorspiel von Richard Wagner heraus! Das Orchester folgte aber auch den Intentionen ihres Leiters vollständig und ich glaube, daß es eine Freude sein muß, unter diesem Dirigenten zu musizieren. Ich hatte nur den einen Wunsch, und wappschneidlich hatte ihn auch Herr Reichwein, ein in den Streichern verstärktes Orchester bei dieser Aufführung zu haben, dann war der Erfolg vollständig und restlos. Doch das soll kein Tadel sein, denn aus zwanzig kann man nicht die Leistung von dreißig verlangen. „Goldens“ Liebestod gab der Sängerin Frau Verta Klang vom künftigen Stadtheater Gelegenheit, ihr im Allgemeinen gut gebildetes und auch kräftiges Organ zu entfalten. Inmitten des für diesen Fall eher zu starken Orchesters schloß sie behauptend, ist eine große Aufgabe, die die Sängerin bewältigte, nur schloß ihr für diese Partie etwas mehr ruhige Einleitführung an der Stimme. Alles in Allem, in diesem dritten Konzert das höchststehende der künftigen Arbeiter-Symphonie-Konzerte und es wird sehr schwer halten, etwas Besseres folgen zu lassen. Der Beifall war groß und herzlich, es herrschte förmliche Begeisterung. Daß der Anfang immer noch unpünktlich ist, sei ebenfalls bemerkt.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Freitag die Robert Stolz-Operette „Mädi“; morgen Samstag Galspiel Woffi „Die Jüdin von Toledo“; Sonntag nachmittags halb 3 Uhr vollständige Nachmittagsvorstellung (bei besonders ermäßigten Preisen) „Carmen“, abends „Der Fürst von Papenheim“; Montag abends Galspiel Woffi „Samlet“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Heute Freitag abends und Sonntag nachmittags „Die deutschen Kleinstädter“; morgen Samstag „Die kleine Sänderin“ mit Pepi Stöckner-Ramer und Sonntag abends Galspiel Woffi „Paracelsus“ und „Er ist an allem schuld“.

**Bereinsnachrichten.**

**Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II.**  
Sonntag, 27. Jän., vormittags: Landesmuseum, Zusammenkunft halb 10 Uhr vorm. Museumshalle, Führ.: Reisinger. Nachmittags: Weiker Berg, Zusammenkunft 15.20, Břevnov, Endst. 1er „B“ Führ.: Planf.  
Mittwoch, 30. Jänner: Ausflugs-Sitzung, Verein d. Arbeiter, Punkt halb 8 Uhr.  
Zur Fahrt nach Rossendorf (Erzgebirge, „Naturfreunde“-Haus) anmelden. 2556

**Turnen und Sport.**

**Vierter Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes.** (Kreisvorturnerstunde.) Dieselbe wird für den 1. und 2. Bezirk am Samstag und Sonntag, den 26. und 27. Jänner in Böhm. Leipa abgehalten, und zwar beginnt sie Samstag um 5 Uhr und Sonntag von 7 Uhr bis gegen 6 Uhr. Für den 3., 4., 5. und 7. Bezirk wird sie am 2. und 3. Febr. in Reichenberg abgehalten. Beginn Samstag, den 2. Febr., 3 Uhr nachmittags. Zur Teilnahme sind alle Abteilungsturnwarten, welche das Kraben-, Mädchen-, Männer- und Frauenturnen leiten, verpflichtet. Mitzubringen sind die Übungsverzeichnis für das Bundesturnfest, Turnkleidung und Turnschuhe, eventuell eine Decke, Handtuch, Seife etc. Wegen Nachtlager muß sich jeder, der dasselbe beansprucht, schriftlich an die Vereinsleitung wenden, wo die Kreisvorturnerstunde abgehalten wird. Ueber die Notwendigkeit der Delegation zu derselben erläßt sich wohl, erst viele Worte zu verlieren, denn es gilt, für unser erstes Bundesturnfest die wichtigste Vorarbeit zu treffen, damit wir turnerisch gut abschneiden. Das Verlaunte nachzuholen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Pünktlichkeit, Disziplin sind Tugenden eines freien Turners. Die Leitung sämtlicher Übungen hat Bundesturnwart Genosse J. Šöhnel.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**Rechenmaschinen, T. Edgar, Režanka 2a.**  
2535  
Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: C. Šolka.

**Stellen-Ausschreibung!**

In der Marktgemeinde Großpriesen wird die Stelle eines

**Gemeinde-Sekretärs**

für den Konzeptions- und Rechnungsdienst zur provisorischen Befehung ausgeschrieben.  
Mit dieser Stelle sind die, für die 11. Rangklasse und Orts- und Zuerkennungsalagen vorgeschriebenen Beiträge verbunden.  
Beide Landesproben in Wort und Schrift erwünscht. Persönliche Vorstellung erst nach Verständigung zugelassen.  
Die entsprechenden adjunktierten Gesuche sind bis zum 1. März 1924 einzubringen.

**Bürgermeisteramt der Marktgemeinde Großpriesen,**  
am 23. Jänner 1924.  
Der Bürgermeister:  
Bruno Richter.

**Wo verkehren wir?**

**Café Continental, Prag-Graben**  
**Goldenes Kreuzel, Prag-Reizanka.**  
**Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus**  
Prag, Smetky 22 (Urania). 1060

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Täglich. PRAG II., Hybernská Nr. 1.

**Café „Nizza“**  
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.  
Unser Stammlokal.